

## **Auf dem Trockenen**

### **Großbritannien sieht sich der schlimmsten innenpolitischen Krise seit den Bergarbeiterstreiks gegenüber**

Von Stefan Wolff

Dem Beispiel der französischen Spediteure, Bauern und Taxifahrer folgend, begannen am vergangenen Wochenende auch in Großbritannien die Blockaden der Erdölraffinerien. Zu Wochenbeginn war dann keine der neun Raffinerien mehr in der Lage, Tankstellen im Land zu beliefern. Die Medien berichteten auf ihren Titelseiten und Hauptnachrichtensendungen, und was anfänglich noch wie Schwarzmalerei aussah, wurde schnell zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung: Panikkäufe von Benzin und Diesel setzten ein, und ab Dienstag waren dann gut zwei Drittel der Tankstellen bis auf den letzten Tropfen ausverkauft. Das veranlasste die Regierung einen Krisenstab zu bilden, der neben den Schlüsselministern auch die Führer der beiden im Parlament vertretenen Oppositionsparteien umfasste. Dieser Krisenstab beschloss eine Reihe von Notverordnungen, die nach königlicher Billigung seit Dienstag nacht umgesetzt werden. Über Nacht verliessen dann auch etwa die ersten 60 Tanklastzüge die Raffinerien. Nach Angaben der Treibstoffhändler wird es aber bis zu drei Wochen dauern, bis sich die Lage wieder vollständig normalisiert hat.

#### Hintergrund: Hohe Treibstoffpreise

Die Proteste der Lastwagenfahrer und Bauern sind aber zum Teil nur zu verständlich. In Großbritannien kostet ein Liter Normalbenzin über DM2.50/€1.25, Diesel ist gar noch um einige Pfennige teurer. Mehr als siebzig Prozent dieses Preises sind allerdings Steuern, mehr als in jedem anderen Land der Europäischen Union. Das hat zu einer Verzerrung der Wettbewerbsbedingungen im Verkehrs- und Landwirtschaftsbereich geführt, zugleich aber auch die Lebenshaltungskosten von Otto Normalbürger erhöht. Dieser zeigt nun einige Sympathien für die Proteste, ganz offensichtlich in der Hoffnung, dass eine Steuersenkung auch ihm zugute kommt.

Eine Senkung der Treibstoffsteuer wäre durchaus möglich, ohne die Staatsfinanzen von Schatzkanzler Brown durcheinander zu bringen. Gestiegene Ölpreise auf dem Weltmarkt haben den Preis für Benzin und Diesel in die Höhe getrieben, und damit für beträchtliche Mehreinnahmen durch die Mehrwertsteuer (mit 17.5% ebenfalls über dem europäischen Durchschnitt liegend) gesorgt. Diese Mehreinnahmen, so argumentieren nun einige, sollten genutzt werden, um die Treibstoffsteuer zu senken. Dass das nicht passieren wird, hat Brown gestern noch einmal auf dem Kongress der größten Gewerkschaft klar gemacht: Die Regierung werde nicht am Nachmittag mit einer Steuersenkung auf die Erhöhung der Rohölpreise am Vormittag reagieren.

#### Tony Blair: Die Regierung ist nicht erpressbar

Diese harte Haltung wird von der gesamten Regierung gestützt. Besonders Premierminister Blair hat deutlich gemacht, dass seine Regierung nicht erpressbar ist. Zwar räumte er ein, dass die Lage für das Transport- und Agrargewerbe schwierig sei, aber das dürfe nicht dazu führen, dass das ganze Land durch illegale Aktionen lahmgelegt werde.

Diese Position erinnert sehr an Margaret Thatchers Politik während des Bergarbeiterstreiks in den achtziger Jahren, aus dem sie, im Gegensatz zu ihrem Vorgänger, gestärkt hervorging. Auch Tony Blair geht ein großes Risiko ein. Auf der einen Seite könnte er, wie Oppositionsführer Hague medienwirksam behauptet, die öffentliche Stimmung völlig fehlinterpretieren, andererseits ist es aber auch durchaus denkbar, dass er seine Führungsqualitäten eindrucksvoll unter Beweis stellen kann, wenn es ihm tatsächlich gelingt, die Krise schnell zu überwinden.

#### Anfälligkeit der modernen Gesellschaft

Und dass es sich um eine Krise handelt, ist ganz offensichtlich. Das Fehlen von Treibstoff hat in Großbritannien einen Dominoeffekt ausgelöst, der jeden Bereich von Wirtschaft und Gesellschaft betrifft. Nicht nur, dass Notdienste wie Polizei, Feuerwehr und Krankenwagen wenn überhaupt nur noch eingeschränkt operieren können, erste Supermärkte berichteten auch von Lebensmittelknappheit. Die von den Blockadeteilnehmern verfolgte Strategie, Treibstofflieferungen an die Notdienste zu erlauben ist daher bestenfalls blauäugig, schlimmstenfalls verlogen. Es nützt nämlich nichts wenn Polizeiautos, Feuerwehren und Krankenwagen Benzin haben, wenn diejenigen, die sie fahren sollen, aufgrund Benzinmangels nicht zur Arbeit kommen können. Gleiches gilt für Ärzte, Polizisten, die heutzutage unentbehrlichen Netzwerkspezialisten und Computertechniker, letztendlich aber auch für Bäcker und Fleischer. Im Südwesten des Landes wurden bereits einige Zugverbindungen ausgesetzt, in Wales, das am härtesten betroffen ist, gibt es kaum noch einen funktionierenden öffentlichen Nahverkehr. Als nächstes sind dann schon absehbar Post und Kurierdienste betroffen. Die Folgen für die Wirtschaft als ganzes wären bei einer Fortdauer der Proteste kurzfristig wie langfristig unabsehbar.

Das alles zeigt, dass auch unsere hochtechnisierte Gesellschaft anfällig bleibt für Jahrhunderte alte Protestmethoden, und dass der Faktor Mensch nach wie vor ein bestimmender ist. Auch aus diesem Grund ist es wahrscheinlich richtig, dass sich die britische Regierung zu einer harten Haltung entschlossen hat – vorausgesetzt natürlich, dass ihr damit Erfolg beschieden ist.